

Aus Bund und Ländern

Krankenhäuser: Hilfe aus dem Westen

DÜSSELDORF. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V. (DKG) hat anlässlich einer Vorstandssitzung in Bad Meinberg ein „Aktionsprogramm“ zur Unterstützung der – zur Zeit 540 – Krankenhäuser in der bisherigen DDR beschlossen. Die DKG will die im Entstehen begriffenen Krankenhausgesellschaften in den neuen fünf Bundesländern durch verstärkte Informations- und Schulungsaktivitäten unterstützen und bei der Gründung von weiteren Landeskrankenhausgesellschaften beratend tätig sein. Als erste hat sich die Landeskrankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt etabliert.

Inzwischen hat die DKG in Berlin eine „Außenstelle“ eingerichtet, um die Aktivitäten in Ostdeutschland zu unterstützen.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft erneuerte ihre bereits im Dezember 1989 veröffentlichten Empfehlungen, mit Krankenhäusern in der ehemaligen DDR Partnerschaften abzuschließen.

Seit Jahresbeginn wurden 362 dieser Kooperationsabkommen mit westdeutschen Krankenhäusern getroffen. Auf Grund von Doppelpartnerschaften sind aber zur Zeit 181 Krankenhäuser in der ehemaligen DDR noch ohne Partner. Die westdeutschen Kliniken wollen ihren „Patent“ fachliche Beratungshilfen gewähren und ihnen bei der Umstellung auf das neue Finanzierungsrecht helfen. Die DKG gibt in Kürze einen Leitfaden „Kranken-

hauswesen – Krankenhausrecht“ heraus.

Noch im Oktober veröffentlicht die DKG Hinweise und Empfehlungen zur ersten Budget- und Pflegesatzrunde für die Krankenhäuser auf dem Territorium der ehemaligen DDR (Stichwort: „Eröffnungs- und Schicksalsrunde“ bei den Pflegesatzverhandlungen). EB

Ethik-Kommission: Freiwillig doch gefragt

HAMBURG. Mehr als 400 Anträge zu Arzneimittelversuchen am Menschen sind von der Ethik-Kommission bei der Ärztekammer Hamburg seit ihrer Gründung genehmigt worden. Darauf hat die Kommission aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens hingewiesen.

Die Antragstellung ist bis zum Inkrafttreten der novellierten Berufsordnung der Hamburger Ärzte weiterhin freiwillig. Trotzdem hat sich die Zahl der eingereichten Anträge seit 1980 von Jahr zu Jahr erhöht. „Es hat sich einfach eingebürgert“, lautet die gängige Erklärung aus der Ärztekammer. Viele Ärzte und Ärztinnen hätten eine Weile in den Vereinigten Staaten praktiziert und seien an Ethikkommissionen gewöhnt. Für Publikationen von Versuchsergebnissen in angesehenen Fachzeitschriften sei dort das für die Studie eingeholte Votum einer Ethikkommission nötig.

Die Hamburger Kommission ist nach eigenen Angaben die einzige in der Bundesrepublik, die gemeinsam von der Kammer und dem Fachbereich Medizin der Universität betrieben wird. th

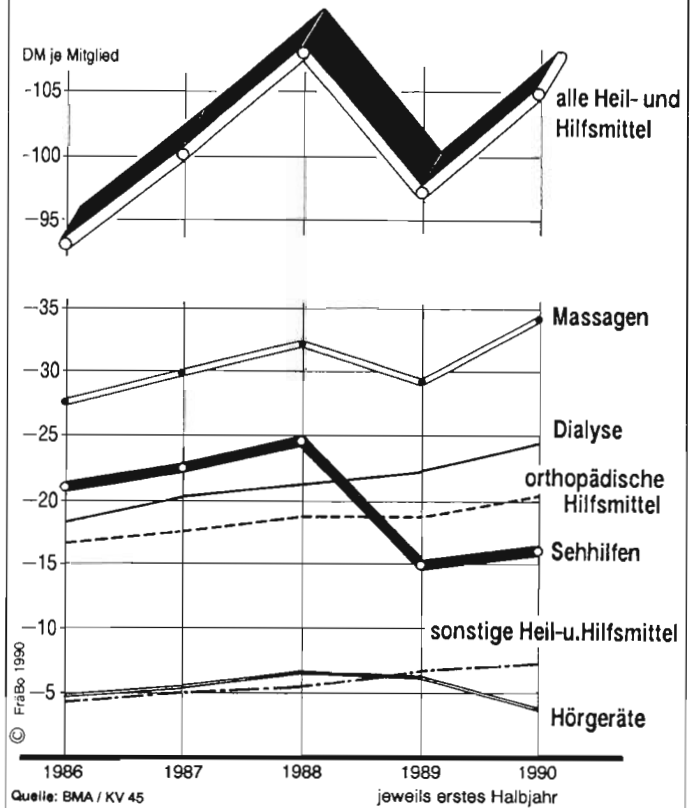
Vergütung nach Tätigkeitsgruppen

KÖLN. Ein neuer Gehaltstarifvertrag für Arzthelferinnen tritt am 1. Januar 1991 in Kraft. Er beinhaltet ein neues Vergütungssystem nach Berufsjahren und Tätigkeitsgruppen (wie im Deut-

chen Ärzteblatt, Heft 27, im Vorfeld berichtet).

Der genaue Wortlaut des Tarifvertrages wird in einer der nächsten Ausgaben des Deutschen Ärzteblattes veröffentlicht. it

Auswirkungen des GRG bei Heil- und Hilfsmitteln Vergleich des jeweils 1. Halbjahres seit 1986



Wesentliche Eingriffe des „Gesundheits-Reformgesetzes“ (GRG) erfolgten bei den Heil- und Hilfsmitteln. Von 1980 bis 1988 war ihr Anteil an allen Leistungsausgaben von 5,7 auf 6,8 Prozent gestiegen. Dieser Trend sollte zumindest gestoppt werden. Der Erfolg ist zweifelhaft. Die Ausgaben stiegen im ersten Halbjahr 1990 um fast acht Prozent auf 105 DM je Mitglied. Bis auf den Bereich Hörgeräte sind in allen Teilbereichen positive Änderungsraten zu verzeichnen, besonders deutlich bei den Leistungen von medizinischen Badebetrieben, Masseuren und Krankengymnasten. Hier erreichten die Ausgaben im ersten Halbjahr 1990 über 34 DM je Mitglied

Mehr Geld für den „blauen Dunst“

WIESBADEN. Raucherinnen und Raucher in der Bundesrepublik Deutschland ließen sich 1989 ihren Genuß 26,2 Mrd. DM kosten. Das waren 4,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Löwenanteil dieser Summe (92,7 Prozent) entfiel auf fabrikmäßig hergestellte „Glimmstengel“, während für den zum Selberdrehen benötigten Feinschnitt nur 4,8 Prozent, für Zigarren/

Zigarillos 1,8 Prozent und für Pfeifentabak 0,7 Prozent aufgewendet wurden. Das hat das Statistische Bundesamt errechnet.

Liebhaber des blauen Dunstes mußten unter anderem wegen der Steuersatzänderung zum 1. Mai 1989 tiefer in die Tasche greifen als 1988: Die durchschnittlichen Preissteigerungen betrugen von 1,3 bis 18,3 Prozent. WZ